

Bericht und Kommentierung des Ablaufs der Einwohnerversammlung in Freiburg

<https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1486>

1000 Personen (ca. 100 davon bekamen wegen Überfüllung keinen Einlass) fanden sich am 13.11.2019 zu einer Einwohnerversammlung der Stadt Freiburg zum Thema „Mobilfunk der 5. Generation – 5G“ ein. Mit 4000 Unterschriften – unterstützt von weiteren 7700 im Internet – konnte das „Aktionsbündnis Freiburg 5G-frei“ nach § 20 a Gemeindeordnung diese Versammlung durchsetzen. Es war in Freiburg die erste von BürgerInnen durchgesetzte Einwohnerversammlung nach Whyl (<https://www.badische-zeitung.de/die-letzte-einwohnerversammlung>). In Whyl ging es im Jahr 1983 um die Verhinderung eines Atomkraftwerkes und im Grunde genommen um dieselbe Frage: Ist das, was technisch machbar ist, auch sinnvoll?

Das „Aktionsbündnis Freiburg 5G-frei“ fordert die Stadt auf, selbst aktiv an einer gesundheitsverträglichen Gestaltung der Mobilfunkversorgung mitzuwirken und die überstürzte Einführung des bislang nicht geprüften neuen Mobilfunkstandards 5G aufzuschieben, statt blindlings immer neuen Geschäftsmodellen der Mobilfunkindustrie zu folgen. Das Aktionsbündnis hatte dazu schon in der Vorbesprechung eine Zusammenstellung der Rechtsprechung, die dies ermöglichen könnte, der Stadt überreicht.

Das Video der Einwohnerversammlung dokumentiert eindrucksvoll alle Facetten der gegenwärtigen Diskussion zu 5G. Von den Antragsstellern der Initiative Freiburg 5G-frei sprachen auf der Bühne: Dr. Wolf Bergmann, Tjark Voigts (ISES e.V.) und Bernd I. Budzinski und Jörn Gutbier (diagnose:funk), die Stadt Freiburg legte die Messlatte hoch, als Protagonisten redeten Prof. Dr. Karsten Buse (Fraunhofer IPM), Prof. Dr. Frederik Wenz (Uniklinikum Freiburg), Frau Dr. Gunde Ziegelberger (Bundesamt für Strahlenschutz, Wiss. Sekretärin der ICNIRP) und Bernd Mutter, Digitalisierungsbeauftragter und Leiter des Fachamtes Digitales und IT der Stadt Freiburg. Oberbürgermeister Martin Horn war anwesend, sprach zur Begrüßung und das Schlusswort, beteiligte sich aber nicht am Disput. Die von dem Moderator Dr. Alexander Bode sehr gut geführte Veranstaltung behandelte drei Bereiche: die Gesundheitsrisiken, Datenschutz und die Umweltproblematik. Die vier Redner des Aktionsbündnisses wiesen in zusammen nur 35 Minuten Redezeit auf den alarmierenden Stand heutiger Forschung, die prinzipielle Empfänglichkeit aller Lebensformen, auch von Flora und Fauna, gegenüber der in Regelkreise eingreifenden Funkstrahlung und die Risiken überstürzter Digitalisierung mit Funk hin (**Redebeiträge stehen im Kasten rechts zum Download**).

Gesundheitsrisiken von 5G und der Mobilfunkstrahlung: Die Auseinandersetzungen um Gesundheitsrisiken standen im Focus. Die Freiburger Initiative fordert aus zwei Gründen ein Moratorium für den 5G Ausbau: zum einen weist die Studienlage zu den bisherigen Frequenzen (GSM, UMTS, LTE und WLAN) bereits große Risiken nach, zum zweiten liegen zu den Frequenzen von 5G im 3,5 GHz-Bereich (wie auch zu LTE) noch keine Forschungen vor. Nach dem Vorsorgeprinzip darf die Technologie erst nach einer

Technikfolgenabschätzung eingeführt werden. Dr. Wolf Bergmann und Jörn Gutbier stellten den [Stand der Forschung](#) zu den Gesundheitsrisiken dar, Jörn Gutbier ging auch auf die Verfälschungen der Studienlage ein. Er warf dem Bundesamt für Strahlenschutz und der ICNIRP vor, seit Jahren die Studienlage zu ignorieren.

Frau Dr. Gunde Ziegelberger vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) / ICNIRP (International Commission on non-ionizing radiation protection) gab auf die brisanten Fragen keine Antwort. Ihre Kernbotschaft: Bei Einhaltung der Grenzwerte sind keine gesundheitlichen Risiken nachgewiesen. Sie suggerierte zudem anhand einer statistischen Meta-Studie, dass die Studien, die Wirkungen zeigten, wissenschaftliche Standards nicht erfüllten.^[1] Das ist nicht seriös argumentiert von Frau Dr. Ziegelberger. Der von ihr ins Feld geführte Review ist ein formal statistischer Bericht, der nicht auf die inhaltlichen Ergebnisse von Studien zu genetischen Schäden eingeht, sondern formale, durchaus zutreffende Kriterien diskutiert, aber in den Quellenangaben keine einzige konkrete Einzelstudie nennt und schon gar nicht benennt, welche der Studien, die Krebs-Risiken nachweisen, nicht wissenschaftlichen Kriterien entsprechen. Mit formaler Statistik und der Methode des Anzweifeln umschiffte Frau Dr. Ziegelberger die Klippe, zur konkreten Studienlage Farbe zu bekennen, die v.a. in der [Ramazzini-, NTP-, und AUVA-Studie](#) zu den Krebsrisiken dokumentiert ist, und die auch in aller Kürze von Dr. Bergmann und Jörn Gutbier dargestellt wurde. Sie ging weder auf die eigenen Studien des BfS zur nachgewiesenen krebspromovierenden Wirkung der Mobilfunkstrahlung ein, noch auf die fehlenden Studien zum 3,5 GHz-Bereich, noch auf die Warnungen ihrer Chefin, Frau Dr. Paulini, 5G nicht dort zu installieren, wo sich sensible Personen aufhalten, noch auf das Vorsorgeprinzip, nach dem sich auch das BfS richten müsste. Im Grund genommen sagte sie zu 5G nichts. Warum sie eigentlich nichts Neues zu sagen habe, begründete sie in der Diskussion. Nach der letzten Bewertung der Studienlage des BfS im Jahr 2011 habe es keine Erkenntnisse gegeben, die eine Neubewertung der Studienlage erfordert hätten. Sie bestätigte damit die [Methode der ICNIRP und des BfS](#), die Jörn Gutbier in seiner Rede scharf kritisierte: "Studien, die nicht in das Vermarktungskonzept passen, werden in den Gesamtbeurteilungen der ICNIRP einfach weggelassen oder man teilt nur einen genehmen Teil der Studienergebnisse mit." Nach der unvollständigen, veralteten und verfälschenden Dokumentation der Sachlage durch das Deutsche Mobilfunkforschungsprogramm (2008), ignoriert man die letzten 10 Jahre, in denen neue, qualitativ gute Studien erschienen sind. Auf der diagnose:funk Datenbank www.EMFData.org und im [ElektrosmogReport](#) wurde diese Studienlage fortlaufend dokumentiert.

Die Diskussion ist ein Lehrbeispiel: lesen Sie den Redebeitrag von Dr. W. Bergmann und insbesondere den von Jörn Gutbier, mit Quellen in seinem Manuskript, und hören Sie sich dann den Redebeitrag von Frau Dr. Ziegelberger an. Jörn Gutbiers Kritik am BfS und der ICNIRP wird in vollem Umfang bestätigt.^[2]

Datenübertragung und Datenschutz: In den Beiträgen über die Notwendigkeit von 5G für gesellschaftliche Vorgänge erläuterte Prof. Dr. Frederik Wenz (Uniklinikum Freiburg), warum für die Medizin Daten und ihre schnelle Übertragung von großer Bedeutung sind. Warum dazu 5G notwendig ist und welcher Anteil der vom ihm genannten Datenmengen dabei unabdingbar über Funknetze abgewickelt werden müssen, blieb in seiner Rede offen. Die Grundlage aller Datentransfers sind die Glasfaserleitungen. Die Übertragung von Daten begründete er u.a. mit Patienten, die weit draußen im Schwarzwald wohnen, und jetzt über das Smartphone und digitale Fragebögen betreut werden könnten. Die mühsame Krankenfahrt

werde ihnen erspart, wo dann eh´ der Klinikarzt nur wenige Minuten Zeit habe, sich mit dem Patienten zu beschäftigen. Das ist vordergründig logisch. Aber: Warum haben heute Ärzte nur noch 5 Minuten Zeit, ein Patientengespräch zu führen? Was bedeutet es, wenn der Patient nur noch anhand seiner fernübertragenen Daten behandelt wird? Im Worst Case sitzt der Patient ohne menschlichen Kontakt zu Hause. Das Gespräch als Teil der Therapie wird auf eine Bildschirmzeit reduziert. Und: Wie sicher sind diese Daten? Ist diese Digitalisierung nicht eine Dehumanisierung der Medizin? Und wie widersinnig ist es, einen Tumorkranken über ein strahlendes Tablet / Smartphone aus der Ferne zu behandeln, wo gerade die krebspromovierende Wirkung dieser dann körpernahen Exposition vom Bundesamt für Strahlenschutz als gesicherte Erkenntnis bezeichnet wird? Und, dies ginge auch alles über einen Festnetzanschluss.

Umwelt- und Ressourcenverbrauch: Tjark Voigts von ISES (Initiative zum Schutz vor Elektromog Südbaden) analysierte in seiner Rede sowohl die Risiken der Digitalisierung für Kinder und v.a. die Auswirkungen der geplanten digitalen Infrastruktur auf die Umwelt- und Klimakatastrophe. Die Digitalisierung als Geschäftsmodell der Industrie löse in in keiner Weise die Probleme der Menschheit, schon gar nicht die Probleme des Klimawandels, sondern sei Teil des Problems.

- "Umweltministerin Svenja Schulze bezeichnete kürzlich die Digitalisierung als einen „Brandbeschleuniger“ für die Probleme des Energie- und Ressourcenverbrauchs sowie der weltweiten CO₂-Emissionen! Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung (WBGU) ergänzt im April 2019, Zitat: "Eine Ausrichtung der globalen digitalen Revolution an den Nachhaltigkeitszielen . . . ist kaum zu beobachten, auch wenn viele Akteure betonen, sie handeln zum Wohle der Menschen,"" so Voigts in seiner Rede.

Die ganze Argumentation der vortragenden IT-Fachleute und der Stadt ging unausgesprochen von der Notwendigkeit dieser Technologie für weiteres Wachstum aus. Diese Wachstumsideologie, die uns die Klimakatastrophe beschert hat, scheint die Köpfe, auch der Stadtverwaltung, zu beherrschen.

Bernd Mutter, zuständiger Beamter in Freiburg, betonte, dass die Stadt die Nachhaltigkeit berücksichtige, die Risiken kenne und auf der Grundlage der Dokumente des WBGU (Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung) plane. Daran muss die weitere Politik der Stadt gemessen werden. Ein ökologischer Fußabdruck muss eingefordert werden. Nicht widerlegen konnte er, dass durch die Geschäftsmodelle autonomes Fahren und das Internet der Dinge ein Rebound-Effekt eintritt, ob man will oder nicht, und mit 5G die Struktur für mehr Energie- und Ressourcenverbrauch und ein zerstörerisches Wachstum installiert wird.

Kommunale Planungen: Der ehemalige Richter und Leiter der Baurechtsabteilung des Landratsamtes Lörrach Bernd I. Budzinski legte dar, dass die Kommune sehr wohl die Mobilfunkversorgung planen kann. So wie es jetzt laufe, werde gegen das Vorsorgeprinzip verstoßen. B. I. Budzinski wörtlich:

"Niemand will den Mobilfunk abschaffen. Niemand will auch eine sinnvolle Digitalisierung verhindern. Es geht darum, den Mobilfunkbetrieb gesundheitsverträglicher zu gestalten und Auswüchse der Digitalisierung – insbesondere für unsere Kinder – zu vermeiden. Und solche

Auswüchse werden vor allem durch 5G hervorgerufen." Er wies daraufhin, dass 5G ist eine ungeprüfte Technologie sei – eine Technikfolgenabschätzung liege nicht vor: „Wer ohne TÜV und ohne Versicherung unterwegs ist darf und muss gestoppt werden.“

Zusammenfassend sagte Bernd I. Budzinski:

- "Es geht um die Einhaltung der Rechtsordnung durch einen Ausbaustopp, ein Moratorium. Und es geht längerfristig um die vollständige Ausschöpfung des Minimierungspotenzials von Funk zum Schutze unserer aller Gesundheit; es geht um einen Paradigmenwechsel:
- Weg von der Drahtloseuphorie zum Kabelvorrang.
- Weg von der großräumigen Bestrahlung durch alle Hauswände hindurch zur nächstgelegenen Versorgung vor Ort,
- Weg von der aufgezwungenen Dauer-Funknutzung zum selbstbestimmten Ein- und Ausschalten möglichst aller Funkquellen."

Daraufhin entgegnete Bernd Mutter, Digitalisierungsbeauftragter und Leiter des Fachamtes Digitales der Stadt Freiburg, die Kritiker seien angetreten, um den Mobilfunk abzuschaffen (!). Er kennt aber die Vorschläge der Initiativen, wie heute durch fortschrittliche Lösungen mehr Daten mit weniger Strahlung übertragen werden könnten, auch ohne 5G. Er zog sich darauf zurück, die Kommune könne nur innerhalb des Rechtsrahmens handeln, sie hätte keinen Spielraum und müsste die 5G-Infrastruktur aufbauen. Nachvollziehbar ist, dass Mutter als Angestellter diese "Meinung des Hauses" vertreten muss. Aber was sind das für Verwaltungen, nicht nur in Freiburg, die Risiken ignorieren, nichts riskieren, keine Kreativität entfalten und die Direktiven des Bundes, der 1:1 der Industrie folgt, mit einer formaljuristischen Schere im Kopf umsetzen? B. Mutter kennt sicher auch die [juristischen Fachartikel von B.I. Budzinski](#), in denen Alternativen diskutiert werden. Einen Faupax leistete er sich zum Schluss: er erklärte, er richte sich nach dem [Artikel der Stiftung Warentest](#). Das war eine eindeutige Botschaft: es gibt keine gesundheitlichen Risiken, und deshalb werden wir auch die Kritik der Initiativen nicht beachten. Es scheint noch nicht ins Freiburger Rathaus vorgedrungen zu sein: Der Artikel der Stiftung Warentest fälscht die Studienlage, das haben diagnose:funk und der Insider Prof. Franz Adlkofer nachgewiesen.

Zusammenfassend: 1.000 Menschen wollten diese Einwohnerversammlung besuchen, 900 konnten dabei sein. Das kann als ein historisches Ereignis bewertet werden: zu welchem Thema engagierten sich in den letzten Jahrzehnten so viele BürgerInnen? Die Redner der Freiburger Initiative warfen die Frage auf: Kann man bei Technologien, die zwar technisch revolutionär sind, aber der Gesundheit und der Natur schaden, und dazu noch das Ziel haben, einen gläsernen Bürger zu kreieren, von Fortschritt sprechen? Ihre Antwort: Sicher nicht, denn sie werden zum Rückschritt, wenn sie krank machen, nach dem Profitprinzip vermarktet und für Herrschaftswissen missbraucht werden. Deshalb braucht es ein 5G- Moratorium und die Durchsetzung fortschrittlicher technischer Alternativen. Jörn Gutbier brachte es am Schluss seiner Rede auf den Punkt: "Lassen sich mich mit einem Zitat schließen:

- „Ein wirtschaftliches Interesse darf nicht mehr zählen als das Interesse der Menschen, körperlich unversehrt zu bleiben. Das geht ganz klar aus unserem Grundgesetz hervor, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit ein Grundrecht ist, während das Recht auf Geldverdienen kein Grundrecht ist.“

Das sagte Prof. Armin Grunwald, Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag. Ich denke, er drückt das aus, was viele hier bewegt." Großer Beifall, für alle Redner der Initiativen.

Die Stadt Freiburg hat es durch die Vorarbeit von ISES (Initiative zum Schutz vor Elektrosmog Südbaden) und der Initiative Freiburg 5G-frei mit gut informierten EinwohnerInnen zu tun, die am Ball bleiben werden. Oberbürgermeister Martin Horn erklärte am Schluss seine weitere Dialogbereitschaft. diagnose:funk gratuliert den Freiburger Initiativen zu diesem Erfolg.

Quellen

[1] Diese Studie zeigte Frau Dr. Ziegelberger auf einer Folie: Vijayalaxmi, Prihoda TJ: Comprehensive Review of Quality of Publications and Meta-analysis of Genetic Damage in Mammalian Cells Exposed to Non-Ionizing Radiofrequency Fields. [Radiat Res.](#) 2019 Jan;191(1):20-30. doi: 10.1667/RR15117.1.

Der Studie, die Frau Dr. Ziegelberger präsentierte, stehen Reviews entgegen, die zum gegenteiligen Ergebnis kommen, so z.B. Prasad M et al. (2017): Mobile phone use and risk of brain tumours: a systematic review of association between study quality, source of funding, and research outcomes., *Neurol Sci* 2017: "Es wurde eine signifikante positive Korrelation zwischen der Studienqualität (Werte zwischen 5 und 8) und dem Risiko für Hirntumor im Zusammenhang mit Mobiltelefon-Nutzung beobachtet. Qualitativ hochwertigere Studien wiesen einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen Mobiltelefon-Nutzung und dem Risiko für Hirntumor auf. Des Weiteren wurde beobachtet, dass die Fördermittel auch die Qualität der Ergebnisse in den Studien beeinflussen. Die Autoren schlussfolgerten, dass sie Hinweise für den Zusammenhang zwischen Mobiltelefon-Nutzung und dem Risiko für Hirntumor, insbesondere bei Langzeitnutzer (≥ 10 Jahre) gefunden haben. Qualitativ hochwertigere Studien zeigten einen Trend zu einem höheren Risiko für Hirntumor, während Studien mit niedrigerer Qualität einen Trend zu einem niedrigeren Risiko bzw. eine schützende Wirkung aufwiesen." (Auswertung EMF-Portal)

[2] Eine Anmerkung zur ICNIRP : ihr ehemaliger Vorsitzender und Gründer Mike Repacholi war ein bezahlter Lobbyist der Mobilfunkindustrie. Der ICNIRP-Vorsitzende Prof. Bernhardt (1996 bis 2000, stellvertretender Vorsitzender 2000-2004) war zeitgleich Abteilungsleiter für Nichtionisierende Strahlung im BfS (1989 bis 1998) und von 1999 bis Ende 2002 auch erneut Vorsitzender der Strahlenschutzkommission (SSK) im Ausschuss „nichtionisierende Strahlung“. In dieser Zeit wurden die industriefreundlichen ICNIRP-Grenzwertempfehlungen in Deutschland vom BfS beurteilt, empfohlen und im Bundestag verordnungsrechtlich umgesetzt. Die Zusammensetzung der ICNIRP organisierte und reproduziert sich bis heute aus industriefreundlichen Wissenschaftlern und ist eng verflochten mit dem BfS und der SSK. Es ist ein "closed club", ein selbstreferentielles System.

www.diagnose-funk.de 13.11.2019